



Populismus, Fake News, Lügenpresse:
Herausforderung politischer Bildung an Schulen
Hamburg, 5. November 2021

06

ÜBER DIE BEDEUTUNG POLITISCHER BILDUNG

Der Diskurs, die auch kontroverse Auseinandersetzung über gesellschaftliche Fragestellungen, Meinungen und Werte gehört zu den Grundpfeilern einer funktionierenden Demokratie. Die Fähigkeit zur demokratischen Debatte muss jedoch eingeübt werden – dies ist einer der zentralen Aufgaben der schulischen politischen Bildung. In Hamburg wird politische Bildung in der Sekundarstufe I im Verbundfach Politik, Gesellschaft, Wirtschaft (PGW) unterrichtet. Erhält politische Bildung so genügend Raum im Schul- und Unterrichtsalltag, um die ihr zugeordnete gesellschaft-

liche Funktion zu erfüllen? Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit in der Schule die Grundlage für politische Teilhabe gelegt werden kann? Welche Rolle spielen außerunterrichtliche Angebote dabei? Mit der in mehreren Bundesländern stattfindenden Veranstaltungsreihe „Populismus, Fake News, Lügenpresse: Herausforderung politischer Bildung an Schulen“ diskutiert die Friedrich-Ebert-Stiftung mit Expert_innen, Schüler_innen, Praktiker_innen, Politiker_innen und Bürger_innen diese und andere Fragen.

Demokratien reproduzieren sich nicht von selbst, Demokratiefähigkeit muss eingeübt und verinnerlicht werden. Deswegen ist politische Bildung, so ist es in den Schulgesetzen aller Bundesländer hinterlegt, Teil des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule. Schulen haben demnach die Aufgabe Demokratiekompetenz zu vermitteln. Dazu gehört die Entwicklung der Schüler_innen zu mündigen Bürger_innen, die ihre Wahlentscheidungen informiert treffen kön-

nen, sich der Tragweite ihrer Stimme bewusst sind, sich in politische Prozesse aktiv einbringen und sich für das Gemeinwohl einsetzen.

Lange jedoch wurde der politischen Bildung in der Schule keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt – sie fristete sowohl als Teil der Studentafel als auch

in der bildungspolitischen Debatte ein Schattenda-sein. Letzteres hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Denn das Erstarken politischer Kräfte, die den Zusammenhalt der Gesellschaft infrage stellen oder bewusst torpedieren, die zunehmende Ausbreitung rechtspopulistischer und -extremen Gedankenguts, Verschwörungserzählungen und die wachsende Macht sozialer Medien auf die politische Meinungsbildung haben in eindrucksvoller – und erschreckender – Weise deutlich gemacht, dass Analyse-, Urteils- und Handlungskompetenz zu den Basiskompetenzen gehören, die von der Schule unbedingt vermittelt werden müssen. Diese Fähigkeiten zu vermitteln, ist zentrale Aufgabe politischer Bildung.

„Gute politische Bildung muss einerseits Fachwissen vermitteln, zugleich aber auch den politischen Meinungsstreit einüben“, so Rainer Köker, Behörde für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg. „Unsere Demokratie können wir dann am besten verteidigen, wenn wir die Regeln des demokratischen Diskurs' achten und wenn wir diese Achtsamkeit unseren Schüler_innen vermitteln und sie mit ihnen einüben. Die Regeln eines solchen politischen Miteinanders, die Konfrontation mit anderen, auch kontroversen Meinungen sind nicht immer einfach auszuhalten, sie sind nicht immer bequem und sie muten uns manchmal auch viel zu. Aber sie sind ein wichtiges Fundament unserer Gesellschaft.“

PRAXISFELDER POLITISCHER BILDUNG

Politische Bildung in der Schule wird zumeist mit Fachunterricht in Verbindung gebracht. Es lassen sich jedoch noch zwei weitere Praxisfelder identifizieren, in denen Inhalte politischer Bildung im Unterrichts- und Schulalltag bedeutsam sind: Politische Bildung ist als fächerübergreifendes Prinzip zu verstehen – so sieht es die Kultusministerkonferenz in ihrem Beschluss zur „Stärkung der Demokratieerziehung“ (2009) vor. Konkret bedeutet das: Inhalte politischer Bildung müssen in allen Fächern zum Gegenstand werden. Das gilt schon deshalb, weil Schüler_innen politische Themen in den (Schul-)Alltag einbringen: Die Klimakatastrophe oder aktuelle kriegerische Konflikte beschäftigen die Schüler_innen und machen vor dem Schultor nicht halt – ebenso wenig wie rassistische, antisemitische, muslimfeindliche, homophobe oder sexistische Einstellungen und Äußerungen. Lehrkräfte müssen darauf reagieren können, und zwar unabhängig davon, ob sie Politik studiert haben oder nicht und unabhängig davon, in welchem Fach die

entsprechenden Themen aufkommen. Politische Bildung und Demokratieerziehung als Querschnittsaufgabe verlangt also Demokratiekompetenz von allen Lehrkräften.



Stärkung der Demokratieerziehung

In Hamburg soll der fächerübergreifenden politischen Bildung zukünftig mehr Bedeutung beigemessen werden. In die Bildungspläne, die aktuell überarbeitet werden, sollen drei Leitperspektiven aufgenommen werden. „Mit den Leitperspektiven werden Themen angesprochen, die in den kommenden Jahren nicht nur für Schule und Unterricht, sondern auch für unsere gesellschaftliche Entwicklung eine hohe Relevanz aufweisen. Neben der Bildung in der digitalen Welt sind das die Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie das Thema Wertebildung und Werteorientierung. Gerade die beiden letztgenannten haben eine unmittelbare Wirkung auf die politische Bildung unserer Schüler_innen. Die Lehrkräfte sollen motiviert werden, zukünftig zu prüfen, wie sie diese Leitperspektiven in ihren Unterricht einbringen können“, erklärt Rainer Köker.

Als drittes Praxisfeld politischer Bildung gilt eine demokratische Schul- und Unterrichtskultur. Durch Mitbestimmung können Schüler_innen die Erfahrung machen, dass ihre Stimme und ihre Meinung zählt, dass sie ihre Interessen erfolgreich vertreten und etwas in ihrem Sinne verändern können. So erfahren sie im Kleinen Selbstwirksamkeit, die sie dann auf größere politische Zusammenhänge und Prozesse übertragen können. Schulen, die sich auf den Weg zu einer demokratischen Schule machen und eine demokratische Schulkultur ausbilden wollen, können bei ihrer Schulentwicklung Hilfe von außerschulischen Partnern erhalten – etwa dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Im September 2021 wurde nun auch in Hamburg und damit in allen sechzehn Bundesländern eine Landeskoordinationsstelle für diese bundesweite Initiative eingerichtet, die Schulen dabei unterstützt, die Schulgemeinschaft für Themen wie Diskriminierung, Mobbing und Gewalt zu sensibilisieren und sich dagegen einzusetzen.



Schule ohne Rassismus –
Schule mit Courage

Bundesweite Landeskoordinationsstelle

Die Einbindung externer Partner in die schulische politische Bildung bietet noch einen weiteren Vorteil: Die Akteur_innen gehören nicht zum Lehrkörper und können so häufig einen anderen Zugang zu

den Schüler_innen finden und so ihr Interesse an politischen Themen wecken. „Gerade der Ganzttag bietet hier vielfältige Möglichkeiten. Deshalb finde ich es so wichtig, dass in Hamburg Ganztagsangebote bereits von über 80 % der Schüler_innen genutzt werden“, so Astrid Hennies, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und stellvertretende schulpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

POLITISCHE BILDUNG ALS UNTERRICHTSFACH

So wichtig außerunterrichtliche und fächerübergreifende politische Bildung sowie die Ausbildung einer demokratischen Schulkultur auch sind – die Basis für politische Teilhabe wird im Fachunterricht gelegt. Denn nur wer (auch) über Institutionenwissen verfügt, wer komplexe politische Zusammenhänge verstehen gelernt oder Hintergrundwissen zu aktuellen Themen hat, kann an demokratischen Prozessen aktiv teilhaben und sie gestalten. Antje Windler, Geschäftsführerin „Die neue Gesellschaft“ und Mitglied im Beirat der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, sieht hier Handlungsbedarf. „Ich treffe immer wieder Abschlussklassen, zusammengesetzt aus unterschiedlichen Hamburger Stadtteilschulen. Die Schüler_innen erlebe ich als sehr interessiert – Fachwissen über das Staats- oder Wahlsystem ist meiner Erfahrung nach aber kaum vorhanden.“ Ein Grund für das fehlende Fachwissen der Schüler_innen liegt nach Windlers Beobachtung darin, dass Politik in Hamburg im Verbund mit Wirtschaft und Geschichte unterrichtet werde.

Mit der Entscheidung, politische Bildung in der Sekundarstufe I nicht als eigenständiges Unterrichtsfach anzubieten, steht Hamburg nicht alleine da: Nur in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt wird politische Bildung in allen Schularten und Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I als eigenständiges Unterrichtsfach angeboten, in Baden-Württemberg unter dem Namen Gemeinschaftskunde, in Sachsen-Anhalt als Sozialkunde. In allen anderen Bundesländern können Inhalte politischer Bildung schulformabhängig auch in einem Verbundfach unterschiedlichster Benennung und Kombination mit anderen Schwerpunkten unterrichtet werden. Üblich sind Fächerkombinationen wie Gesellschaftswissenschaften, Gesellschaftslehre oder Politik/Wirtschaft.

Insbesondere an nicht gymnasialen Schulen findet der Politikunterricht in Kombination mit anderen Fächern statt: „In den Jahrgangsstufen 9-10 wird der Politikunterricht nach Aussagen der Gymnasial-

schüler_innen mehrheitlich in einem eigenständigen Fach durchgeführt, wie z.B. Politik, Sozialkunde oder Gemeinschaftskunde (55 %). Demgegenüber berichtet die Mehrheit der Schüler_innen von Schulen mit mehreren Bildungsgängen, Integrierten Gesamtschulen (IGS) oder Realschulen (RS), dass politische Inhalte zusammen mit einem anderen Fach vermittelt werden. Bei einem geringen Anteil der Schüler_innen der SMBG, IGS und Realschulen findet Politikunterricht in einem anderen Fach (wie z.B. Geschichte, Erdkunde) statt (4 %).“ Dies ist ein Ergebnis der Studie „Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen“ von Sabine Achour und Susanne Wagner, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt wurde.



FES-Studie Wer hat, dem wird gegeben:
Politische Bildung an Schulen

Es gebe viele Argumente, politische Bildung im Verbund zu unterrichten, etwa dass so mehr Zeit für Beziehungsarbeit zwischen Schüler_innen und Lehrkräften vorhanden sei, erläutert Prof. Dr. Sabine Achour. Allerdings werde, dies habe die Studie gezeigt, die Unterrichtsqualität in den Verbundfächern von den Schüler_innen als geringer eingeschätzt. Hinzu komme, dass die Lehrenden sich in den Fächern, für die sie nicht ausgebildet wurden, unsicher fühlen – und häufig werde politische Bildung gerade in den Schulen mit mehreren Bildungsgängen fachfremd unterrichtet.

Sanja Koch, Landesvorsitzende der SchülerInnenkammer Hamburg, sieht jedoch auch in der Unterrichtsgestaltung ein Problem: „Wir haben in der politischen Bildung strukturelle Probleme und ein veraltetes System. Der PWG-Unterricht wird häufig dafür genutzt, schulinterne Konflikte zwischen einzelnen Schülern zu lösen.“ Der eigentliche Unterrichtsstoff bleibe dann auf der Strecke. Um Probleme zwischen Schüler_innen zu klären, solle vielmehr ein Klassenrat eingerichtet werden, der regelmäßig abgehalten und von der Schulleitung unterstützt werde, fordert Koch.



Klassenrat

POLITISCHE BILDUNG UND DIE MACHT SOZIALER MEDIEN

Politische Meinungsbildung findet heute ganz maßgeblich in sozialen Netzwerken statt. „Es gibt nicht mehr die eine Öffentlichkeit, sondern stattdessen viele politische Räume, verbunden mit einer Blasenentwicklung, die nicht zu steuern ist“, stellt Burkhard Jungkamp, Moderator des Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung und Staatssekretär a.D., fest.

Auf diese veränderten Bedingungen muss auch die politische Bildung in der Schule reagieren. Voraussetzung für eine gute Vorbereitung der Schüler_innen auf soziale Medien und ihre Fallstricke ist, dass Lehrkräfte selbst entsprechend geschult sind. „Lehrer_innen müssen im Umgang mit sozialen Medien gut begleitet werden. Dafür gibt es in Hamburg Angebote vom Landesinstitut für Lehrerfortbildung und Schulentwicklung“, so Astrid Hennies.



Landesinstitut für Lehrerfortbildung
und Schulentwicklung

Zu einer Auseinandersetzung mit sozialen Medien gehört auch die Behandlung von Verschwörungserzählungen. Schüler_innen müssen dafür sensibi-

lisiert werden, dass politische Herausforderungen und Fragestellungen komplex sind, dass einfache Lösungen, wie sie von Verschwörungserzählungen angeboten werden, nicht zu haben sind. „Wichtig ist die Erkenntnis, dass die uneingeschränkte Zustimmung zu den eigenen Positionen, die man in Netzwerkblasen erhält, nie gut ist, weil sie das Denken erlahmen lässt“, erklärt Jungkamp. Stattdessen müsse der Unterricht Raum für Debatten bieten und Mut zu Konfrontation mit anderen Meinungen wecken. Pro- und Kontraddiskussionen oder Gespräche mit Politiker_innen, die Verantwortung tragen, seien gute Ansätze. Insgesamt müsse der Unterricht viel alltagsrelevanter und aktueller werden.

„An unserer Schule funktioniert die politische Bildung gut“, resümiert Sanja Koch. „Das liegt daran, dass wir engagierte Lehrer_innen haben, die Fortbildungen machen und die die vorhandenen Freiheiten in der Gestaltung des Unterrichts nutzen. Fortbildungen sollten für Lehrkräfte aber verpflichtend sein, damit diese auf dem aktuellen Stand sind, sowohl was die Medien- als auch die politische Entwicklung angeht. Der PGW-Unterricht sollte außerdem in der gesamten Sekundarstufe durchgehend verpflichtend sein – auch in der Oberstufe, wenn viele Schüler_innen von ihrem Wahlrecht das erste Mal Gebrauch machen können. Dann ist es wichtig zu wissen, welche Optionen es gibt und wie man sich politisch engagieren kann.“

DIE AUTORIN DIESER PUBLIKATION

Valerie Lange studierte Soziologie, Politologie, Sozialpsychologie und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hannover und ist diplomierte Sozialwissenschaftlerin. Sie arbeitet als freiberufliche Lektorin für Sach- und Fachbücher.

KONTAKT UND FEEDBACK

Marion Stichler
Bildungs- und Hochschulpolitik
marion.stichler@fes.de

Dr. Dietmar Molthagen
Julius-Leber-Forum
Büro für Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein
dietmar.molthagen@fes.de

Weitere Informationen unter
www.fes.de/julius-leber-forum
und <https://twitter.com/FESHamburg>

IMPRESSUM

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2021
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Abt. Analyse, Planung und Beratung
Redaktion: Marion Stichler, Dietmar Molthagen
Gestaltung & Satz, Collage Seite 1: minus Design, Berlin

Unsere Publikationen können Sie per E-Mail nachbestellen bei: marion.stichler@fes.de

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.



Besuchen Sie unseren Bildungsblog
www.fes.de/bildungsblog

Folgen Sie uns auch auf twitter.

